



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport — am 18.04.2013 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Ria von Schrötter

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carola Hartfelder	bis 17.35 Uhr
Frau Gabriele Dehn	
Frau Gabriele Schröder	
Herr Felix Thier	
Frau Gertraud Rocher	
Herr Andreas Noack	ab 17.10 Uhr

Verwaltung

Herr Horst Bührendt, Dezernent V
Herr Karsten Dornquast, Leiter A 40
Herr Andreas Weiher, Leiter A 65
Herr Matthias Fröhlich, SGL Schulverwaltung u. Kultur
Frau Christine Fleischmann, SB Planung u. Entwurf, A 65
Frau Dr. Rita Mohr de Pérez, SGLin Denkmalschutz
Frau Andreas Staeck, Leiterin Volkshochschule
Frau Petra Hermann, Leiterin Kreismedienzentrum
Herr Andreas Hüttner, Leiter Kreismusikschule
Frau Margret Hornung, Verwaltungsleiterin OSZ
Herr Winfried Otto, Leiter Staatliches Schulamt Wünsdorf

Gäste

Herr Chr. Müller-Elmau

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Dunkel
Herr Lutz Lehmann

Sachkundige Einwohner

Herr Andreas Buch
Herr Bert Lindner
Herr Gregor Jung
Herr Wolfram Eiser

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 14.03.2013
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Projektvorstellung "Erweiterung der Cafeteria" am Marie-Curie-Gymnasium Ludwigsfelde
- 6 Vorstellung der neuen Systematik zur Gebührenkalkulation an der VHS TF - Herr Müller-Elmau, Institut PUMA
- 7 Diskussion zu den Empfehlungen des PwC-Gutachtens
- 8 Anfragen der Abgeordneten

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau von Schrötter eröffnet die Sitzung und erkundigt sich, ob Änderungswünsche zur Tagesordnung vorliegen.

Herr Thier schlägt vor, den TOP 7 „Diskussion zu den Empfehlungen des PwC-Gutachtens“ vorzuziehen. Er vermutet, die Vorstellung der Projekte wird sehr zeitintensiv sein und somit wäre die Aufmerksamkeit für die Haushaltsdiskussion sehr eingeschränkt.

Frau von Schrötter erklärt, im Jahr 2012 wurden alle Leistungen vorgestellt und brauchen somit heute nicht diskutiert werden. Sie geht davon aus, dass die Fraktionen sich noch nicht abschließend mit dem PwC-Gutachten und den Stellungnahmen der Verwaltung beschäftigt haben und schlägt vor, dass dieser TOP auf Nachfragen an die Verwaltung beschränkt wird. Es ist heute nicht möglich zu beschließen.

Herr Thier erklärt sich damit einverstanden.

Die Abgeordneten bestätigen die Tagesordnung, so dass danach verfahren wird.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 14.03.2013

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 3

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dornquast erklärt, die Terminplanung erfolgte bereits im Oktober/November des Vorjahres. Er bittet die Abgeordneten um Zustimmung, den Termin des Ausschusses vom 29.08.2013 auf den 15.08.2013 vorzulegen und begründet es damit, dass die Verwaltung im August die Vorschläge zur Auszeichnung mit dem Denkmalpflegepreis einreichen muss. Die Verleihung soll am Vorabend des „Tages des offenen Denkmals“ vorgenommen werden. Das beschließende Gremium ist der Kreisausschuss. Die Terminabfolge Bildungsausschuss – Kreisausschuss macht eine Vorverlegung notwendig. Weiter informiert er, in der nächsten Sitzung des Ausschusses steht die Vorlage einer neuen Richtlinie für den Denkmalpflegepreis auf der Tagesordnung.

Die Abgeordneten erklären sich damit einverstanden, den Termin der Sitzung auf den 15.08.2013 vorzuziehen.

Frau von Schrötter weist auf die Möglichkeit hin, den jeweiligen Stellvertreter bzw. die jeweilige Stellvertreterin teilnehmen zu lassen.

Weiter informiert Herr Dornquast über einen Antrag der FDP und des Bauernverbandes zur Überprüfung der Einrichtung einer Schülerbeförderung bei Orts- und Kreisstraßen, bei denen die Entfernung unter 2 km liegt. Der Antrag sieht eine Änderung der Schülerbeförderungssatzung durch den Landkreis dahingehend vor, dass die entstehenden Fahrkosten erstattet werden. Sollte der Antrag am Montag im Kreistag behandelt werden, wäre es aus seiner Sicht zu empfehlen, ihn in die Fachausschüsse zurückzuverweisen. Wenn dieser Antrag so beschlossen werden sollte, wären die finanziellen Folgen für den Landkreis nicht absehbar.

Frau von Schrötter schließt sich dem an und findet es richtig, dem Kreistag zu empfehlen, erst eine Untersuchung der Auswirkungen der Änderung der Schülerbeförderungssatzung abzuwarten.

Herr Thier geht davon aus, dass aufgrund der Geschäftsordnung über diesen Antrag nicht abgestimmt wird. Er vermutet, der Vorsitzende, Herr Schulze, wird diesen Antrag aufgrund der Haushaltsrelevanz nicht auf die Tagesordnung nehmen und somit müsste sich auch dieser Fachausschuss nicht positionieren.

Frau von Schrötter wird es im Vorfeld des Kreistages an Herrn Schulze so weitergeben.

TOP 4

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 5

Projektvorstellung "Erweiterung der Cafeteria" am Marie-Curie-Gymnasium Ludwigsfelde

Herr Dornquast erläutert, aufgrund der Nachfrage von Herrn Dunkel zur Situation der Essensversorgung am Marie-Curie-Gymnasium in Ludwigsfelde hat die Verwaltung zugesichert, darüber zu informieren. Herr Freitag, Leiter des Gymnasiums, wurde zur Schilderung der Situation eingeladen. Herr Weiher, Leiter des Bauamtes sowie Frau Fleischmann, Sachbearbeiterin im Bauamt, werden über Planungsalternativen sowie Kosten informieren.

Frau von Schrötter begrüßt Herrn Freitag und erteilt ihm nach Zustimmung der Mitglieder des Ausschusses das Rederecht.

Herr Freitag berichtet, am Gymnasium in Ludwigsfelde wurde im Jahr 2006 das ehemalige Wohnheim des Internats rekonstruiert. In diesem Haus wurde eine Cafeteria mit 60 Plätzen zur Mittagsversorgung unter dem Gesichtspunkt einer Halbtagschule eingerichtet. Mit der Schulstrukturentwicklung „Ganztagsschule“ hat das Gymnasium gemeinsam mit dem Schulträger eine Bewerbung für den gebundenen Ganztag vorgenommen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und in der Form offener Ganztag genehmigt, der seit dem Schuljahr 2009/10 eingerichtet wurde. Der reguläre Unterrichtsablauf endet um 15.30 Uhr, was natürlich Probleme bei der Regulierung der Essensversorgung nach sich zieht. Herr Freitag erklärt weiter, benötigt werden ca. 300 Plätze, die natürlich nicht vorhanden sind. Daher wurde ein Schichtsystem eingeführt, um die 60 vorhandenen Plätze vernünftig zu nutzen. Der Unterrichtsalltag wurde umstrukturiert, um die Essensversorgung, besonders auch für die kleineren Kinder und für die ca. 250 Schüler/innen, die an Fahrgelegenheiten gebunden sind, zu ermöglichen. Als ein besonderes Problem für die Schule bezeichnet er die fehlenden Ablagemöglichkeiten für Mappen und Kleidung. Diese Situation ist schwer beherrschbar und ist in jedem Jahr Ausgangspunkt für Diskussionen der Eltern. Da von der Schule kaum Möglichkeiten gesehen werden, es besser zu organisieren, ist sie an den Schulträger herangetreten. Die Verwaltung hat sich dieses Problems angenommen und mit der Schule Vorschläge für eine Erweiterung zur Kapazitätserhöhung diskutiert. Frau Fleischmann, Bauamt, hat im Auftrag der Kreisverwaltung erste Planungsschritte unternommen, die mit dem Gymnasium abgesprochen wurden.

Frau Fleischmann informiert über die jetzige Situation der Essensversorgung. Weiter macht sie darauf aufmerksam, dass der Taschenberg der Schüler/innen, der sich im Fluchtweg bildet, gegen Sicherheitsbestimmungen verstößt. Anhand einer Präsentation (Anlage E 4)

erörtert sie einen Entwurf, der ihres Erachtens die Schülerströme etwas kanalisiert. Es besteht ein zusätzlicher Platzbedarf im Speiseraum für etwa 60 Schüler. Sie schlägt vor, die vorhandene Küche zurückzubauen, um den Platz für Sitzplätze zu haben. Der Vorteil dieser Variante ist, dass die Schüler vom Schulhof das Gebäude betreten können. Die Anlieferung der Küche ist separat an einer anderen Stelle. Weiterhin besteht bei dieser Variante die Möglichkeit zur Nutzung der Freifläche.

Weiter informiert sie über ein weitere Variante (Anlage E 1), bei der durch eine Erweiterung des Speisebereiches ein Problem auftreten würde. Die Tür für die Anlieferung des Essens befindet sich außerhalb des Anbaus. Diese Variante ist preiswerter, das Fahrzeug steht aber bei der Anlieferung im Laufbereich der Schüler.

Herr Freitag ergänzt, zur Anlieferung bei dem gerade dargestellten Standort müssen die Fahrzeuge in der Feuerwehrezufahrt geparkt werden. Ein weiteres Problem ist, dass von der Zufahrt die Gebäudeebene über Stufen erreicht werden muss. Daher favorisiert die Schule natürlich die von Frau Fleischmann zuerst vorgestellte Variante.

Herr Weiher betont, der Hauptgrund für den geplanten Ausbau ist die fehlende Kapazität. Verständlich ist, dass dabei der Verkehr natürlich besser geregelt werden soll. Er bezeichnet die zuerst vorgestellte Variante 4 als optimal, aber nicht ideal. Ideal wäre ein vom bisherigen Schulgebäude unabhängiger Neubau. Die Kosten dieser Variante (Anlage E 2.4) schätzt er auf 700.000 € - 750.000 €. Die Variante 4 kostet ca. 450.000 €. Er schätzt ein, dass mit dieser Variante ein großer Teil der Probleme gelöst werden kann. Die Minimalvariante, nur die räumliche Erweiterung der Sitzmöglichkeiten, die das Bauamt nicht favorisiert, würde 270.000 € kosten.

Herr Dornquast teilt mit, dass für dieses Jahr vorsorglich 130.000 € für Planungskosten und erste Baukosten eingestellt wurden. Erforderlich ist dann eine Fortschreibung in den nächsten Jahren.

Frau Rocher sieht in der Minimalvariante keinen Sinn, da eine Erweiterung der Sitzkapazität auch eine größere Essenausgabe nach sich zieht.

Frau von Schrötter bezieht sich auf die Erhöhung der teilnehmenden Schüler/innen an der Essensversorgung. Sie fragt, wie sich die Schülerzahl vom Jahr 2006 bis 2013 entwickelt hat, um zu prüfen, ob es in den vorhandenen Gebäuden Raumkapazitäten gibt.

Herr Freitag antwortet, bei der demografischen Entwicklung wurde in diesem Jahr der Tiefpunkt erreicht. In der Übergangszeit gab es in der Sekundarstufe 1 eine Dreizügigkeit, die sich jetzt in den Jahrgangsstufen 10, 11 und 12 befindet. Ab dem nächsten Schuljahr gibt es an allen Jahrgangsstufen wieder eine Vierzügigkeit, die in den nächsten acht Jahren als stabil einzuschätzen ist. Er meint, die Umnutzung von Klassenräumen für Ausgabezwecke und ähnlichem würde sich nicht empfehlen.

Frau von Schrötter argumentiert, aufgrund der Finanzierung muss der Ausschuss auch darüber nachdenken.

Herr Thier fragt, wie schnell das Projekt realisiert werden kann.

Herr Weiher erläutert, das Bauamt des Landkreises benötigt die Bestätigung, dass die Variante 4 favorisiert wird und wäre dann in der Lage, das Projekt weiterzuführen. Dadurch würden keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die entsprechenden Mittel müssen geplant werden. Der Bau ist mit Nutzung der Sommerferien frühestens im nächsten Jahr möglich. Dieser Bau ist nicht in sechs Wochen zu errichten, aber die Zeit der Sommerferien sollte genutzt werden.

Herr Freitag sieht es realistisch und weiß, dass das Vorhaben nicht in diesem oder nächsten Jahr umgesetzt wird. Er wäre froh, wenn in zwei – drei Jahren dieses Problem gelöst wäre.

Frau von Schrötter weist darauf hin, dass nichts entschieden werden kann, da keine Beschlussvorlage vorliegt. Es handelt sich heute lediglich um eine Vorstellung des Vorhabens und um die Darstellung der Notwendigkeit. Sie dankt Herrn Freitag für die Ausführungen.

Herr Dornquast erläutert, aufgrund der Nachfrage von Herrn Dunkel wurden das Projekt und die Alternativen vorgestellt. In Abstimmung mit dem Bauamt favorisiert auch der Schulträger die Variante 4. Er würde den Planansatz für diese Maßnahme als Basis für die Haushaltsplanung im Jahr 2014 aufnehmen, damit würde die Legitimation für diese Maßnahme erfolgen.

In Anbetracht der Haushaltssituation würde Herr Thier es begrüßen, die Varianten 4 sowie die kostengünstigere in der Diskussion zu behalten.

Herr Noack interessiert, welche Variante die Schulleitung favorisiert.

Herr Freitag antwortet, nach Aufstellung der Kriterien vor der möglichen Realisierung sieht die Schule genau wie die Verwaltung die Variante 4 als eine gelungene Idee.

Herr Noack meint, der Ausschuss sollte diese Variante unterstützen und sich auch dafür einsetzen. Er ist Mitglied im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport und nicht im Finanzausschuss. In erster Linie sieht er seine Aufgabe darin, die Interessen und die Wichtigkeit der Schule zu unterstützen.

Herr Thier widerspricht und erinnert an die Pflicht und Verantwortung der Kreistagsabgeordneten für den Gesamtkreis und erinnert an die finanziellen Folgen.

Herr Freitag bittet, bevor eine Entscheidung getroffen wird, die Situation vor Ort zu betrachten und zu beurteilen.

Angesichts des defizitären Haushalts spricht sich auch Frau von Schrötter dafür aus, beide Varianten in der Diskussion zu behalten. Die teuerste Variante schließt sie aus.

Herr Noack stellt klar, dass er sich nicht von seiner Pflicht entbinden möchte. Er meint, es hat keinen Sinn etwas zu bauen, was im Endeffekt keinen ordentlichen Unterricht möglich macht. Die Mitglieder dieses Ausschusses sollten dafür sorgen, dass die Schulen entsprechend ausgestattet sind. Entscheiden wird der Kreistag, aber dieser Ausschuss sollte eine Empfehlung abgeben.

Frau von Schrötter weist darauf hin, dass heute nur informiert wurde und beendet diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 6

Vorstellung der neuen Systematik zur Gebührenkalkulation an der VHS TF - Herr Müller-Elmau, Institut PUMA

Herr Dornquast informiert, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung hatte die Verwaltung angekündigt, noch vor der Sommerpause eine neue Gebührenkalkulation für die Volkshochschule beizubringen. Herr Müller-Elmau vom Institut Puma hat den Landkreis

bereits bei der Einführung der Doppik sowie verschiedene Umsetzungsprojekte in einigen Ämtern fachlich begleitet. Das Amt für Bildung und Kultur hatte die Möglichkeit mit Herrn Müller-Elmau, Frau Staeck, Leiterin der VHS, und der Kämmerei die Gebührenkalkulation zu überarbeiten. Bevor diese in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Empfehlung vorgelegt wird, wird Herr Müller-Elmau die neue Systematik vorstellen.

Herr Müller-Elmau führt aus, dass er sich in der Kreisverwaltung im Zuge eines Promotionsvorhabens mit der Weiterentwicklung kostenrechnerischer Instrumente beschäftigt. Ausgewählt wurde u. a. die Volkshochschule, um mit einem neuen Kalkulationsverfahren zu einer besseren Gebührenkalkulation zu kommen. Anhand einer Präsentation (Anlage) erläutert er die Rechtsvorschriften zu „Kalkulation in Kommunen“ sowie die Funktionsweise der klassischen KLR, zu der es Kritik aus der Wissenschaft gibt, da z. B. das Umlegen der Kosten ungenau ist. Als Lösung erörtert er die stufenweise Fixkostendeckungsrechnung. Er führt am Beispiel der VHS aus, dass mit der stufenweisen Fixkostendeckungsrechnung besser als mit dem klassischen Kalkulationsverfahren beurteilt werden kann, ob eine Leistung der VHS geeignet ist, einen finanziell erfolgreichen Beitrag zu leisten oder nicht. Somit ergibt sich die Chance, übersichtlicher und einfacher zu beurteilen, welchen Erfolgsbeitrag jede Leistung, bzw. jedes Themengebiet liefert. Auch genügt sie den Anforderungen des § 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg. Er wird bei der nächsten oder der Sitzung im August 2013 die Kalkulation der Kosten und auch der Gebühren für die VHS nach diesem Verfahren vorstellen. Im Nachgang dazu wird er einen Fragebogen an die Ausschussmitglieder verteilen, da er wissenschaftlich bewerten möchte.

Herr Müller-Elmau bestätigt die Nachfrage von Frau von Schrötter, dass er eine Bewertung mit den Mitgliedern dieses Ausschusses plant. Er betont, die Bereitschaft zum freiwilligen Ausfüllen eines Fragebogens ist für seine wissenschaftliche Arbeit wichtig.

Frau von Schrötter bedankt sich bei Herrn Müller-Elmau und beendet diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 7

Diskussion zu den Empfehlungen des PwC-Gutachten

Frau von Schrötter führt aus, dass dieses Thema heute nur bei Bedarf diskutiert werden muss, da es in den Fraktionen in Vorbereitung zum Beschluss des Haushaltes diskutiert wird. In der Stellungnahme der Verwaltung zum Gutachten, die allen vorliegt, werden die Schwachstellen im PwC-Gutachten logisch dargestellt. Sie bittet die Mitglieder des Ausschusses, Fragen an die Verwaltung zu stellen.

Herr Thier stellt fest, dass die Stellungnahme der Verwaltung kritisch zu den Gesamtaussagen von PwC ist. Er fragt, ob es bei der Erarbeitung des Gutachtens direkte Gespräche zwischen PwC und Verwaltung gab.

Herr Bührendt antwortet, es gab zwischenzeitlich einige Abstimmungen zwischen den Fachämtern und der PwC zu offenen Fragen bzw. solchen Fragen, bei denen es einen Dissens gab. Die vorliegende Stellungnahme ist nicht die erste, es gab schon vorher Stellungnahmen, die aber zum großen Teil nicht in den Bericht aufgenommen wurden. Von der Verwaltung wurden die Berechnungsgrundlagen der Kennziffern für die Personalausstattung nachgefragt. Weiter erklärt er, auch bei der öffentlichen Darstellung im Kreistagssaal wurde bei Einwendungen der Verwaltung und auch der Abgeordneten von der PwC ausgesagt, dass deren Vergleichszahlen im kommunalen Bereich immer passend waren und daher angewendet werden. Warum die Verhältniszahlen so gewählt worden sind,

welche Kriterien berücksichtigt wurden, war nicht zu ermitteln und wurde von der PwC auch nicht beantwortet. Auf Hinweise, dass bestimmte Vorgaben, z. B. Schulsekretariate, nicht dem tatsächlichen Ablauf der realen Situation in den Schulen entsprechen, ist nicht eingegangen worden. Er schlussfolgert, daher war es notwendig, den Endbericht dann in der Form der vorliegenden Stellungnahme zu beurteilen und zu bewerten.

Herr Dornquast ergänzt, für das Amt ist es schwierig damit umzugehen, da die PwC nur pauschal einen Stellenvergleich vorgenommen hat. Es wurde aber nicht die Gesamtheit der Aufgaben, die in den Einrichtungen und von der Verwaltung wahrgenommen werden, berücksichtigt. Er hat auf S. 7 der Stellungnahme deutlich gemacht, dass das Vergleichen der Aufgaben des Amtes mit den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Dahme-Spreewald sehr bedenklich ist, da die unterschiedlichen Strukturen, Aufgabenwahrnehmungen bzw. die Zuordnung von Personal dabei nicht berücksichtigt wurden. Des Weiteren ist für die Verwaltung erkennbar gewesen, dass die Mitarbeiterin der PwC in einem sehr engen Zeitfenster arbeiten musste. Es wurden gesetzliche Grundlagen des Landes Brandenburg ignoriert. Als Beispiel nennt er das Wohnheim am Oberstufenzentrum. Dort muss auf Grundlage des Schulgesetzes des Landes Brandenburg eine Kapazität von 55 Betten vorgehalten werden, was einen Bedarf von 3,18 Erziehern nach sich zieht. Das Wohnheim wird mit zwei Erzieherinnen betrieben. Weiter führt er das Beispiel Schulsekretariate an. Wenn dem Gutachten der PwC gefolgt werden soll, ist an den großen Schulen die Besetzung der Schulsekretariate drei Stunden täglich ausreichend. In Diskussionen kamen Schulleitungen und Verwaltung zu dem Ergebnis, dass der Schulbetrieb aufgrund der vielfältigen Aufgaben der Schulsekretärinnen so nicht funktionieren kann. Auch wurde von der PwC aus Sicht der Verwaltung die Anzahl der Stellen der Schulhausmeister nicht korrekt berechnet. Es ist praktikabel, wenn Hausmeister in einem Ort, wie schon praktiziert wird, für mehrere Standorte zuständig sind. Es funktioniert aber nicht, wenn Hausmeister täglich von Jüterbog nach Ludwigsfelde fahren und so ein erheblicher Teil der Arbeitszeit für den Fahrweg anfällt. Einige Hinweise und Ansätze bezeichnet er als richtig, die aber politisch entschieden werden müssen. Zum einen wird die Einführung der Eigenbeteiligung für die Schülerbeförderung diskutiert. Es stellt sich auch die Frage, ob der Landkreis zukünftig die Galerie weiterfinanziert und ob im Umfang wie bisher die Aufgaben der Kreismusikschule und der Volkshochschule beibehalten werden sollen. Abschließend bemerkt Herr Dornquast, der Landkreis erstattet die Schulkostenbeiträge für die Schulträger weiterführender Schulen im Landkreis Teltow-Fläming. Diese Kosten muss der Landkreis nach dem Schulgesetz entsprechend den tatsächlich anfallenden Sachkosten erstatten. Die Schulen in Trägerschaft des Landkreises sind seit ca. vier Jahren entweder ohne Haushalt oder in der vorläufigen Haushaltsführung.

Frau von Schrötter bemerkt, es ist fast unmöglich einen Weg zu finden. Sie hatte sich von der Überprüfung durch die PwC belastbares Material erhofft, durch das die Abgeordneten in die Lage versetzt werden, politisch zu entscheiden. Sollte sie sich entscheiden müssen, würde sie die stufenweise Fixkostendeckungsrechnung der Auseinandersetzung mit dem PwC-Gutachten vorziehen.

Herr Thier fragt, ob ihm ein komplettes Kursangebot der Volkshochschule zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Dornquast sagt ihm die Zusendung der Präsentation sowie des aktuellen Programms der Volkshochschule zu.

Weiter beruft sich Herr Thier auf die Einsparungsmöglichkeiten durch Umwandlung von fest angestellten Mitarbeitern in Honorarkräfte in Höhe von 400.000 € bei der Kreismusikschule. Seiner Meinung nach spricht nichts gegen freie Mitarbeiter.

Herr Dornquast führt aus, einige Aufgaben, z. B. Versammlungen oder Auftritte kann die Verwaltung nicht mit Honorarkräften vereinbaren, da es freie Mitarbeiter sind. Von der PwC wurde auch die Umstrukturierung ohne betriebsbedingte Kündigungen gefordert. Dagegen spricht auch die Tatsache, dass frühestens im Jahr 2019 der erste Mitarbeiter der Kreismusikschule in den Ruhestand geht.

Herr Noack hält es nicht für den richtigen Ansatz, an Dingen wie Volkshochschule oder an Ausgaben für die Bildung der Kinder zu sparen. Seiner Meinung nach gibt es andere Möglichkeiten, den Kreishaushalt zu sanieren, da die freiwilligen Aufgaben nur 3 % des Gesamthaushaltes betreffen.

Herr Thier stellt klar, dass er lediglich Ideen eingebracht und Nachfragen gestellt hat.

Frau von Schrötter stellt fest, dass es keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt und beendet den Tagesordnungspunkt.

TOP 8

Anfragen der Abgeordneten

Es liegen keine Anfragen vor.

Frau von Schrötter beendet die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

Datum: 02.05.2013

gez. Ria von Schrötter
Die Vorsitzende

Heike Linke
Protokollantin